

Die Freiheit erscheint wochentlich, Donnerstags und Montags um...

Die abendliche Hauptausgabe aber davon kann kein 2. - M. einzeln...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Entscheidung im Elektrizitätsstreit

Die Abstimmungen haben begonnen - Aufnahme der Arbeit wahrscheinlich

Die neuen Abstimmungen über Beendigung oder Fortsetzung des Streiks in den Kraftwerken haben bereits im Laufe der Nacht begonnen...

Durch Verhandlungen des Hauptvorstandes der Heizer und Maschinenisten ist das Einsetzen der Technischen Nothilfe bis zur Erledigung der Abstimmung verhindert worden...

Sitzung des Magistrats

Der Magistrat tritt heute um 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu den Streiks Stellung zu nehmen...

Die Haltung der Hilfskräfte des Magistrats

Die Hilfskräfte des Magistrats haben gestern der Stadtverwaltung ein Ultimatum überreicht, in dem sie sofortige Ausnahme neuer Verhandlungen über Lohnzuschläge verlangten...

Der Magistrat und der Streik

Die Stellungnahme des Magistrats zum Streik in den Kraftwerken, die, wie wir in der Morgenausgabe berichteten, die in der Aufforderung gipfelt, bis heute mittag 2 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen...

Der in seiner Mehrheit sozialistische Magistrat der neuen Stadtgemeinde Berlin aber hatte ein Interesse daran, eine Einmischung der reaktionären Reichsregierung in die Verhältnisse Berlins zu verhindern...

Diese Situation zwang den Magistrat, selbst regend in die Dinge einzugreifen. Er hat damit in letzter Stunde und in der durch die Streikführung völlig verfahrenen Lage den Versuch gemacht, das Interesse der Gesamtarbeiterschaft gegenüber der Regierungreaktion wahrzunehmen...

Darum ist die bürgerliche Presse verschupst. Nicht nur die offen reaktionären Blätter, sondern auch die „Vossische Zeitung“, um nur ein liberales Blatt zu nennen, die sich

von vornherein an der Seite gegen den sozialistischen Magistrat betätigt, gibt ihre Enttäuschung zu erkennen. Von der Entscheidung der Elektrizitätsarbeiter, meint sie, werde es abhängen, wie weit Reichs- und Staatsregierung in Berliner Verhältnisse einzugreifen Veranlassung finden werden...

Wie notwendig die Zurückhaltung der Regierungsbehörden ist, zeigt der verhältnismäßig ruhige Verlauf der Bewegung, der sich in der Aufregung der bürgerlichen Presse allerdings nicht getreu widerspiegelt. Nur dadurch ist es gelungen, bisher die Technische Nothilfe zurückzuhalten...

Ein Täuschungs-Manöver der Horthy-Banditen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 10. November.

Der Archivar der ungarischen Gesandtschaft Sullans, der die aufsehenerregenden Dokumente über das Treiben der Horthy-Banditen den ungarischen Emigranten zur Verfügung gestellt hat, erklärt in der christlichen „Reichspost“ eine Erklärung, daß zwei Dokumente über die Horthy-Inszenierung in Wiener Zeitungen und über die irredentistische Propaganda in der Slowakei von ihm gefälscht worden seien...

Die von unserem Wiener Korrespondenten mitgeteilten Tatsachen verdienen umso größere Beachtung, als auch schon die gesamte reichsdeutsche Presse, irreführt durch die offiziellen Nachrichten-Agenturen, die Meldung über die angeblich „gefälschten“ Dokumente der Wiener Arbeiter-Zeitung gläubig aufgenommen und weiter verbreitet hat...

Keine Begnadigung für Eugen Dubs. Einer Blättermeldung aus New York zufolge hat Wilson ein Gesuch um Begnadigung des wegen Einverständnisses mit dem Feinde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Dubs abgelehnt...

Die bayerische Einwohnerwehr

Die Note des General Kollert vom 12. Oktober, in der die Reichsregierung um Mitteilung über die Maßnahmen erlucht wird, die sie zu treffen gedenkt, um die Entwaffnung der „Selbstschutzhorganisations“ zu beschleunigen, hat in Bayern in Regierungskreisen und Ortschaften einige Unruhe erregt. General Kollert ist auch so neugierig, wissen zu wollen, wieviel Waffen die Selbstschutzhorganisations angemeldet haben...

Mitteilung der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, Berlin NW, Lüchow-Ufer 5a, II.

Berlin, 10. Juli 1920.

An Herrn Justizrat Behold, Mauer 1 B.

Sehr geehrter Herr Justizrat!

Im Auftrag von Baron Bismarck soll ich Ihnen mitteilen, daß wir über 50 000 Buchenstämme (Gewehre) verfügen können und Sie um Nachricht bitten, ob Sie eines Teiles davon benötigen.

Mit deutschem Gruß!

gez.: Freiherr v. Schilling, Geschäftsführer.

Hr. Böckmann, Mauer i. B., Postfach 62, Tel. 653.

Herrn Major Strell, Bamberg, Mainstr. 27.

Sehr geehrter Herr Major!

Dem Vorstehenden der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes ging beiliegendes Schreiben der Geschäftsstelle Berlin zu. Ich überreiche Ihnen das mir zur Verfügung gestellte Memo mit Anbehalten, von dem Angebot Gebrauch zu machen.

Mit deutschem Gruß!

gez.: Böckmann.

Um die gleiche Zeit gingen noch weitere berartige Angebote von den famosen „Buchenstämmen“ bei den Münchener Ortschaften ein und in welchem Ausmaß Waffen aus Norddeutschland nach Bayern geschafft werden, zeigt das folgende Schreiben der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren, das wenige Tage später sandt wurde:

Vertraulich! Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns, München, 26. Juli 1920.

An Herrn Major im Generalstab Endres, Nürnberg, Brigade 24.

Die Landesleitung erlucht unter Bezug auf Abmachung des Herrn von der Lanu die aus Norddeutschland eintreffenden Gewehre an die Nebenstelle des L. Landesleitung in Erlangen, Herrn Adlisch, Stubenloch 6, Villa „Dahem“, weiter leiten zu lassen.

Die Frachtkosten sind bei der Ortschaft der Landesleitung anzufordern.

An Kreisleitung der E. W. (Einwohnerwehr) Mittelranken Ansbach, Unterranken Würzburg, Oberranken Bamberg, Oberpfalz Regensburg, Oberbayeren Fürstentum, Niederbayeren Landshut, Schwaben Augsburg, Allgäu Kempten.

Für die Organisation Sicherheit treffen aus Norddeutschland ungefähr 100 000 Gewehre ein. Es ist nicht möglich, diese in den Nebenstellen der L. einzulegen, da die Gefahr einer Beschlagsnahme besteht und auch kein Platz vorhanden ist.

Die Landesleitung bittet deshalb für ungefähr 125 000 Gewehre Platz zu schaffen. Ueber diese Waffen hat nur obengenannte Organisation das Verfügungsrecht.

Die aus dem Briefwechsel sich ergebenden Waffenziffern sind natürlich nur ein kleiner Bruchteil der tatsächlich zur Verfügung stehenden Gewehre. Es ist leicht begreiflich, daß die Note des General Kollert zu sehr ungenügender Zeit kommt, da die bayerischen Militärs gerade jetzt im besten Zuge sind, den kommenden Reichsputsch in Bayern gründlich vorzubereiten. Als die Note längst bekannt war, hat der bayerische Justizminister Kollert auf dem

deutschnationalen Parteitag in Hannover in die West...
posaunt, daß die Einwohnerwehren erhalten bleiben müssen
und der Landeshauptmann Escherich erklärte auch wiederholt,
daß die bayerischen Einwohnerwehren nie und nimmer aufgelöst
würden.

Die Regierung Kahr aber gibt sich den Anschein, als
wolle sie im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Ent-
waffnungsfrage „lösen“, trotzdem der bayerische Minister-
präsident ganz genau weiß, daß nicht er über die Auflösung
der bayerischen, waffenstrotzenden Wehren zu entscheiden hat,
sondern die Militärs um Escherich und Roth. Der fran-
zösische Gesandte in München, Baron de Darb, ist wider
alles Erwarten aus Paris auf seinen Posten zurückgekehrt
und soll selbst die Suppe auslöffeln, die er gemeinsam mit
dem Ministerialen Dr. Heim und dem bayerischen Minister-
präsidenten eingebröckelt hat.

Der Skandal mit der Mörderzentrale im Münchener
Polizeipräsidium hat die geheimen Treibereien der bayeri-
schen Altheutschen aufgedeckt und gezeigt, daß sie auch nicht
vor Befestigung von Menschenleben zurückzureden, wenn es
gilt, ihre militärischen Restaurationspläne zu verdecken. Der
ganze staatliche Apparat wurde in Bewegung gesetzt,
um die Enthüllungen über die Wörderaffäre als „Kinoroman“
und „Sherlock-Holmes-Geschichten“ darzustellen. Aber man
glaubt den Dementis der Regierung und der Münchener
Polizei nicht mehr. Ihr Vertrauen ist längst erschüttert und
die Regierung Kahr zittert täglich vor neuen Enthüllungen.

Und sie hat guten Grund dazu. Ihre Beziehungen zu
Horthy-Ungarn, die durch den Münchener Staatskom-
missar und Polizeipräsidenten Böhner und durch Orgesch-
offiziere unterhalten werden, bedürfen noch eingehender Auf-
klärung. Erst vor wenigen Tagen kam der berühmte Kapp-
Offizier Major Wischhoff aus Budapest zurück, wo er
als Abgesandter der Münchener Orgeschleute tätig war. Die
Nachrichten, die er gebracht haben dürfte, scheinen aber wenig
erfreulich gewesen zu sein. Die Horthy-Leute sind nicht mehr
allzu zuversichtlich, und wenn Frankreich das Vorgehen der
„kleinen Entente“ gegen Ungarn billigt, so bedeutet das
einen schweren Schlag auch für die bayerische Konter-
revolution.

In Bayern haben sich die Spitzen der deutschen Konter-
revolution zusammgefunden, um von hier aus ihren
nächsten Putsch vorzubereiten. Man ist damit schon soweit,
daß man die berühmtesten Bataillonbrigaden nach
Bayern bringt. Und man denkt in den militärischen
Kreisen in Bayern auch gar nicht daran, die Waffen ab-
zuliefern, oder die Einwohnerwehren aufzulösen. Wenn die
bayerische Regierung sich den Anschein gibt, die Frage der
Einwohnerwehren auf dem Wege von Verhandlungen mit
der Reichsregierung ins Reine bringen zu wollen, so ist das
nichts weiter als ein großer Bluff. Die Parole der Orgesch-
leute heißt in Bayern trotz aller Versicherungen der Regie-
rung: „Die bayerischen Einwohnerwehren werden nie und
nimmer aufgelöst!“

Im Zusammenhang mit diesem Artikel ist es wichtig, darauf
hinzuwiesen, daß auch die Reuterbrigade Ehrhardt in
Bayern ihre Mannen sammelt. In der Aachener „Volks-
zeitung“ sind Dokumente veröffentlicht worden, die diese Tatsache
einwandfrei nachweisen. Der Organisator dieses Unternehmens
ist der Oberleutnant Schmidt aus Weimarshausen. Er arbeitet
Hand-in-Hand mit der bayerischen Zentrale für Einwohnerwehren.
Da Bayern schon mindestens über 300 000 gutbewaffnete Wehr-
männer verfügt und außerdem noch eine gute Reichswehr und
eine sehr starke Sicherheitswehr hat, deutet die Zusammenfüh-
rung der Reuterbrigade Ehrhardt auf bayerischem Boden auf
einen großangelegten Umsturzplan hin, den die Regierung Kahr
von München aus durchzuführen gedenkt. Nur deshalb werden
jetzt auch preussische Kontingente in Bayern zusammengestellt.

Im Ausland liegen bereits seit einigen Tagen Nachrichten
über den Umsturzplan vor. Der tschechische Außenminister
Benedik erklärte nach einer Meldung aus Prag im Ausschuß
für auswärtige Angelegenheiten, in Deutschland drohe ein erfolg-
reicher Putsch von rechts. Nach ihm zugewandten Nachrichten
werde man in den nächsten Tagen Näheres hören. Ob die
Erklärung des tschechischen Außenministers auf ganz be-

stimmt tatsächlichen Angaben beruht, wissen wir nicht. Aber
daß die Reaktion in Deutschland fieberhaft rüstet, und
daß Bayern dabei an der Spitze marschiert, das steht fest.

Litauische Gegenoffensive

London, 11. November.

Reuter erfährt aus polnischer Quelle: Die Litauer haben
von Komno aus am 7. November unter Mitwirkung der Bolsche-
wisten die Dikneisse gegen Jelligowski begonnen. Sie
sind jetzt 35 Kilometer von Wilna entfernt.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Die Polen er-
schlugen Litauische Gefangene. So haben sie den Ma-
jor Romanoskas und neun Soldaten erschossen. Oberleutnant
Glinz, Oberleutnant Kalishauskas und Doktor Benbotis wurden
schwer mißhandelt und ein Soldat durch sieben Schüsse verwundet.

General Wrangels Rückzug

Wie aus Sebastopol berichtet wird, räumt die Armee des Ge-
nerals Wrangel die Halbinsel Krim. Der Rückzug soll ungestört
und in vollster Ordnung erfolgen. Mehrere französische
Kriegsschiffe werden der Wrangelschen Armee zur Ver-
fügung gestellt. Wie verlautet, werden die Reste dieser Armee am
Kaukasusischen Ufer landen. Es wurden Maßnahmen getrof-
fen gegen die bolschewistischen Unterseeboote, die das Ab-
transportieren der Truppen zu verhindern suchen.

Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß die Bolschewisten
schwere Artillerie nach Salkino an der östlichen Grenze
bringen. Salkino ist nicht so besetzt wie Perelop, das jetzt
als unannehmbar gilt.

Die Petersburger „Iswestija“ veröffentlicht einen Brief des
Chefs der polnischen Abteilung Warden, der die Ueberumpfung
der Wrangeltruppen in der Gegend von Simasch schildert. Es
sei eine derartige Verwirrung bei der Wrangelsarmee entstanden,
daß sie die roten Truppen oft für eigene angesehen habe. Große
Truppenkräfte Wrangels sind von Perelop abgeschnitten. In
der Gegend von Simasch hätten die roten hartbesetzte Stellungen
fast ohne Kampf eingenommen. Im Gegenzug zu diesen Stim-
men zweifelt die „rote Zeitung“ an einer Demoralisierung der
Wrangelsarmee, da nur wenige Gefangene gemacht
seien. Dem Gegner sei zwar ein schwerer Schlag erteilt worden,
aber es steht noch ein harter Kampf bevor.

Die Sawinkowfront

DE. Warschau, 10. November.

Der Vormarsch der Abteilung des Generals Balachowitsch, die
nach dem Inkrafttreten des russisch-polnischen Vertrages die
neue polnische Grenze überschritten haben, sich zur Zeit in Weiß-
russland befinden und an 50 000 Mann stark sein sollen, dauert
fort. Es wird gemeldet, daß seine Vortruppen bereits Molyt
erreicht hätten. Balachowitsch hat scheinbar aus die Wieder-
erinnahme von Minsk verzichtet und die Hauptkräfte seiner Armee
nach Süden verlagert, um den Anschluß an die ukrainische
Armee zu erlangen. Ein ukrainischer Heeresbericht
hat bereits gemeldet, daß die Fühlungnahme mit demokratischen
weißrussischen Abteilungen“ erreicht sei, worunter offenbar die
Truppen Balachowitsch zu verstehen sind. Sawinkow, dem in
seiner Eigenschaft als Vorsitzenden des russischen Komitees in
Warschau, die politische Leitung des Unternehmens von Balachow-
itsch gehört, erklärt, daß die Truppen Balachowitschs von
seiten der Landesregierung reichliche Unterstützung und Zuzug von
Freiwilligen erzielten.

Der Freund und Mitarbeiter Sawinkows, der bekannte rus-
sische Schriftsteller Merselowski, verknüpft in einer Unter-
redung, Balachowitsch habe den Marsch nach Moskau ange-
treten. Er verfüge über reichliche Bestände an Ausrüstungen und
Munition und wolle Moskau in drei Monaten erreichen. Balachowitsch und Sawinkow hoffen dabei, daß der
Vormarsch ihrer Truppen eine allgemeine Erhebung der Prolet-
arier gegen die Sowjet-Regierung hervorgerufen werde. Die Ur-
teile über die Persönlichkeit Balachowitschs gehen sehr auseinander.
Der ehemalige Bürgermeister von Petersburg und Justiz-
minister der Judenisch-Regierung, Redrin, erklärte einem
Pressevertreter gegenüber Balachowitsch für einen schlimmen
Abenteurer, dessen Festnahme er selbst als Justizminister habe
anordnen müssen. Balachowitsch habe nämlich zahlreiche Räub-
ereien und Erpressungen in den Gegenden verübt, die
von der Armee Judenisch und der Partisanen-Abteilung Balachowitsch

Ehe zwischen letzter Zivilisation und letzter Barbarei, um die
Gründung eines neuen Erdteils, der kein „ferner Stern“ ist,
sondern ein Stück der „grünen, bunten Erde“. Alles im leichten,
ironischen Tone. Kaiser ist in diesem Werk lyrischer, auch wort-
reicher, klingenreicher, wenn schon nicht klingender als sonst, meidet
die heute kaum mögliche tragische Behandlung des Stoffes ebenso
sehr wie die Offenbachade, gibt „Tanz und Spiel“, sehr Eigenes
als Bestes hinzu: in der Stierhölle, wo die allmähliche Ver-
drängung des Mädchens monologisiert bei der Lektüre besteht;
gibt seines im Verkwiegenden des letzten Aktes, im stammenden
Hinweggleiten über die Wandlung der Jungfrau. Er dichtet ein
maler-mülleresches derbes Jodel erleuchteter Barbarenhaft, er-
weckt zuweilen den Anschein, als wolle er tiefe Symbole deuten
und biegt geschmeidig wieder ins Spielerische um. Der Wert des
Werkes ruht zwischen den Zeilen, sein Nachteil in der Ueber-
wucherung des Rahmens, der Geschwulstigkeit und seelischen Arm-
seligkeit der männlichen Personen und im Mangel am letzten
Schwung. Ueber eine gewisse banale Kälte kommt man bei
Kaiser nie hinweg. Der letzte innere Glanz, der letzte Reiz ist
Kaiser ferngeblieben.

Aus Kaisers grotesk-barockem Spiel hat man eine Darlehnade
mit Stegreifalbernheiten und plumpen Berlinismen gemacht und
die wenigen Feinheiten des Werkes vergrößert. Nur Kossik,
zuweilen auch Roma Bahn empfanden den Stil des Wertes.
Standardsichtige Elemente lobten ihren Haß gegen Kaiser auf
Hauschlußfeln aus. Kn.

Proletarisches Theater. Die Vorstellungen im Oktober haben
eine Reihe von Mitgliedern gewonnen. Aber nur dann, wenn
ein großer Teil der Genossen, die der proletarisch-kulturellen
Sendung bewußt sind, sich im proletarischen Theater organisieren,
ist das Unternehmen gesichert. Während im Oktober-Spielplan
die politische Propagandaabsicht eindeutig in den Vordergrund
gestellt wurde — soll nun im November versucht werden in der
Ausführung der „Feinde“ von Maxim Gorki dem Grund-
gedanken der proletarischen Weltanschauung der Solidarität gegen
den unterdrückenden kapitalistischen Feind Ausdruck zu verleihen.

Der Spielplan für die kommenden Monate bringt außer den
„Feinden“ von Maxim Gorki ein Stück von Lunatscharski, dem
Volkskommissar für Volksbildung in Rußland, ein Stück von dem
bekanntesten Verfasser des unseren Lesern gut bekannten proletari-
schen Romans „Jimnie Higgins“ — von Upton Sinclair;
weiter wird „Kasse Mensch“ von Toller einstudiert (Regie
Karl Hinz Martin, Hauptrolle Lilla Durieux). M. Schillers
„Kabale und Liebe“ soll der Versuch gemacht werden,
klassische Dichtung aus proletarischem Empfinden heraus zu
spielen.

howitsch befehlt wurden. Personen, die sich seinen Erpressungen
nicht fügen wollten, wurden als angebliche Bolschewisten hin-
gerichtet. Ferner wird über den furchtbaren und geradezu
sadistischen Terror berichtet, den Balachowitsch in Pleskau und auf
dem Lande ausgeübt habe.

Die polnische Regierung erklärt, daß die militärischen Operatio-
nen des Generals Balachowitsch, des Herrn Sawinkow
des Generals Wrangel und des Kamans Peiljura an
ihren eigenen Verantwortung und ohne die geringste Verbindung
mit polnischen Behörden vor sich gehen.

Trotz dieser Erklärung bleibt die Tatsache bestehen, daß die
konterrevolutionären Generale ihre Abenteuerpolitik nur Dank
der Unterstützung, die sie durch Polen finden, betreiben können.

Wiederaufbau der Internationale

Auch die Franzosen gehen nach Bern

Paris, 10. November.

Der Verwaltungsrat der französischen sozial-
istischen Partei hat gestern abend beschlossen, die Einladung
der schwizerischen sozialistischen Partei zu einer Konferenz in
Bern zwecks Gründung einer neuen Internationale anzuneh-
men. Zu Delegierten wurden ernannt: Renaudet,
Jean Longuet, Philippe Faure und Louis
Samoucau.

Wir müssen auch bei dieser Meldung zum wiederholten
Male feststellen, daß es sich bei der Berner Konferenz nicht
um die Schaffung einer neuen Internationale handelt. Viel-
leicht nimmt das Volks-Bureau endlich einmal Notiz von
dieser Feststellung, statt andauernd falsche Meldungen in die
Oeffentlichkeit zu bringen.

Ablehnung der Moskauer Bedingungen

Der Parteitag der sozialistischen Partei des Kantons von
Bern lehnte mit 51 gegen 21 Stimmen den Eintritt in
die dritte Internationale und die Annahme der Moskauer Be-
dingungen ab.

Eröffnungssitzung des deutsch- österreichischen Nationalrates

Wien, 10. November.

Der Nationalrat hielt heute die Eröffnungssitzung ab.
Präsident Seih gedachte in seiner Abschiedsrede des bevorstehen-
den zweiten Jahrestages der Proklamierung der Republik, sowie
des Inkrafttretens der neuen definitiven Verfassung mit dem
heutigen Tage. Das wichtigste dieser Verfassung sei, daß sie die
Republik gegen alle Anschläge für alle Zeiten sichert.

Der Nationalrat wählte sodann den Christlich-Sozialen
Dr. Weiklirchner mit 104 Stimmen zum Präsidenten.
Die Sozialisten gaben dabei leere Stimmzettel ab. Zum zwei-
ten Präsidenten wurde der Sozialist Eidersch mit
67 Stimmen und zum dritten Präsidenten der Groß-
deutsche Dinghofer mit 104 Stimmen gewählt. Präsident
Weiklirchner begrüßte unter lebhaftem Beifall des Hauses
das angeordnete Kärnten als selbständiges Glied des Bundes-
staates. Er gedachte mit tiefer Trauer der abgeschnittenen Ver-
gnossen, denen er seine Wünsche entbandte, die ihnen künden
möchten, daß wir des Tages harren, an dem sie sich wieder in
unsere Reihen einfügten und wo ein einiges Volk von Brüdern
die Wiedervereinigung des deutschen Volkes feiern werde.

Amnestie zur 50-Jahrestfeier der französischen Republik. Der Prä-
sident der französischen Republik hat anlässlich der 50. Jahrestfeier
der Gründung der Republik 98 Gefangene und 2791 bestrafte Solda-
ten, darunter zwei zum Tode verurteilte, begnadigt.
Die großen Feiertage für die 50. Jahrestfeier der Republik
haben am Mittwoch abend mit großen Gedenksitzungen in Paris und
ähnlichen Orten der Republik begonnen. Der Donnerstag ist
Feiertag in ganz Frankreich. Die Arbeit ist vollständig unterbrochen.
Armenien am Ende. Ein Telegramm aus Konstantinopel mel-
det, daß Armenien die Truppen Mustapha Khemal um Waffen-
hilfe und Gebeten habe. Mustapha Khemal verlangte die Ab-
lieferung der Waffen.

Neuaufführungen Berliner Bühnen

Richard III. im Staatstheater ist eine Tat, die zwar mehr von
der ausfittelnden Regie Jesners als vom Genie Shakespeares
zeugt, aber sie zwingt nichtsdestoweniger in ihren Sann. Dieser
Schurke aller Schurken auf dem Thron, dieser vor keinem Mord
und keiner niederträchtigen Gemeinheit zurückschredende gekrönte
Blutband triebte trotz Shakespeares notorischer Hoffähigkeit die
wirkungsvollste antimonarchische Propaganda, wenn er noch
anders als pathologisch zu erklären wäre. Dieses Königsdrama
ist aber kein Seelengemälde, das im einzelnen festsetzt, sondern ein
gewaltig auf und ab schwellender Chorus der dunklen Mächte
mit einigen leichten Strahlen, die in diese Hölle dringen. Und
so gab denn der bei vereinfachter Szene stark stilisierende Re-
gisseur Leopold Jessner mit Recht ein Parloso, eine blutige
Wandlung über das grauenhaft wahnsinnige Königsstück. In
Felix Kortner feierte die Tyrannie des Böjewichtes mit
nervenschmerzhaftem Inzimm und Straffung aller künstlerischen
Boten einen rasenden Triumph. Rudolf Forsters
Burlingham vor edig wichtigem Format Hoblers und Lohhar
Mithels Richmond von strahlender Reinheit Ritter Georgs
waren die Bildhaft markantesten Gegenspieler. Aber auch alle
anderen waren für die Gesamtwirkung sehr ausdrucksvoll, und das
Quartett der klagen und doch im Grunde so begehrlischen
Königswiber war bei den Damen Hoyer, Sussin, Unda,
Vertens charakteristisch abgetönt. Trotz mancher Gewaltfame-
keiten und stilistischen Erläuterungen, die der mannigfaltigen Dich-
tung bisweilen das Blut abspüren und das Fleisch abtöten,
bleibt die Aufführung doch die ungeheuerste Projektion der
schwarzen Magie dieses satanistischen Richard. E. B.

„Scheiterhaufen“, Strindbergs düsteres Kommerispiel vom Ver-
fall einer Familie, wird jetzt von „Deutschen Theater“ in
neuer Fassung gespielt. Agnes Straub gibt gelipentend die
Mutter als Inbegriff aller weiblichen Bosheit und verrückter Töde
mit Entäußerung aller Menschlichkeit bis zum Sprung in den Ab-
grund. Das in der Verdammnis dieser verbürgerlichten Ge-
sellschaft lebende armeleiche Geschwisterpaar verläßt in der
aufopfernd echten Hingabe von Ernst Deutsch und Helene
Thimig an diese Gestalten. Nur der Schwiegerohn des Herrn
George erwies sich mit einigen falschen Tönen als Fehlbesetzung
in dieser künstlerisch hochgestimmten Aufführung. E. B.

Europa, Tanz und Spiel von Georg Kaiser. Uraufführung
im „Großen Schauspielhaus“.
Es geht um die Einführung der Europa durch den Hferverwan-
delten Zeus, um die Ueberwindung einer törichten Jungfrau und
ihre Bestimmung auf ihre Bestimmung; am Ende geht es um die

In einem uns zugegangenen Werbeausfluß des Proletarischen
Theaters heißt es zusammenfassend: Nur dann kann es gelingen,
eine Bühne aufzubauen, die eine Waffe im geistigen Befreiungskamp-
f der Arbeiter ist, wenn alle Genossen mitarbeiten: Mit-
glieder werden und werben, die genug haben am heutigen Kunst-
und am Profittheater, denen es ernst ist um die Schaffung einer
Kunst und Kultur, die aus der Masse der Arbeiter wächst und die
ihre Klassenbewußtsein auch durch das Theatererlebnis schärfen
wollen.

Zu dem Stamm der Schauspieler sind neue hinzugezogen. Die
Aufführungen finden wieder in den bekannten Sälen statt. Die
Bühne wird, wie bisher, einfach und gut eingerichtet. Die Vor-
stellungen sind für Mitglieder frei. Gastkarten 3,50 M. Arbeit-
lose 1 M. (Legitimation vorzeigen). Spieltage ab 10. No-
vember 7½ Uhr: Norden: Müllerstr. 142 (außer dem 17.
da 2½) jeden Mittwoch. Neutölln: Holtenheide 13, jeden Don-
nerstag. Moabit: Willestr. 24, jeden Freitag. — Wegen
des Streiks findet die Uraufführung des Schauspiel „Die
Feinde“ von Maxim Gorki am 12. November, abends 7½ Uhr,
Willestr. 24, statt. Karten zu 3 und 1 Mark an der Kasse.

In der Volksbühne mußte die Uraufführung von „Nach
Damastus, 2 und 3 Teil“, die am Sonnabend nicht statt-
finden konnte, auf Sonnabend, den 13. November, verschoben
werden. Die gelösten Billette behalten Gültigkeit. Am Donner-
stag, den 11. November, gelangt dafür „Nach Damastus, 1. Teil“,
zur Aufführung.

Die Volksbühne plant literarische Sonderaufführungen vom
kommenden Jahre ab. Werke der älteren und vor allem auch der
jüngeren und jüngsten Literatur, die sich nicht zur Darstellung in
den planmäßigen Aufführungsreihen eignen, sollen in geeigneten
Theatern in besonderen Vorstellungen zur Aufführung gelangen.

Das Neue Volkstheater bringt als nächste Neuheit am Freitag,
den 12. d. M., „Verlies von Turus“, der von Schlegel und Tied-
für ein Jugendwerk Shakespeares gehalten wurde. Das Stück
war eines der meistgespielten auf Shakespeares Bühne und ist das
Vorbild für keine Romane, besonders für „Das Wintermärchen“.
Die Bearbeitung, die das Neue Volkstheater zur ersten Auf-
führung bringt, stammt von Karl Franz Cillinger.

Henry Thode, Professor der Kunstgeschichte an der Universität
Heidelberg, ist im Reichshospital in Kopenhagen nach einer Opera-
tion im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war mit einer
Tochter Richard Wagners verheiratet. Von seinen Schriften sind
seine Abhandlungen über Corregio, Giotto und sein Werk über den
Maler Hans Thoma am bekanntesten.

Ein Preiswettbewerb für revolutionäre Literaturwerke. Die
Literaturabteilung des Volkskommissariats für Bildungswesen er-
läßt das erste allrussische Preiswettbewerb für literarische Werke,
in denen die Uebergangsperiode der ersten sozialen Revolution und
das Kämpfen für den Kommunismus geschildert werden soll. Es
sind fünf Preise in Höhe von 100 000 bis 50 000 Rubel ausgesetzt.

Der Kampf um die Sozialisierung

Stinnesfierung statt Sozialisierung

Im Reichswirtschaftsrat, dieser famosen paritätischen Körperlichkeit zur Einseitigkeit der Arbeiter durch die Unternehmer, ist bekanntlich die Sozialisierung des Bergbaues beraten worden. Nach Einsetzung eines Unterausschusses, in dem Herr Stinnes sein Programm der vertikalen Verknüpfung der deutschen Industrie entwickelte, wurde schließlich ein Sechsmänner-Ausschuss eingesetzt, der aus den drei Kapitalmagnaten Stinnes, Generaldirektor Silberberg und Generaldirektor Bögl er bestand, und aus den Arbeitervertretern Imbusch von den christlichen Gewerkschaften, Wagner, dem Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ und dem Steiger Werner. Sie sollten den Versuch machen, sich über Sozialisierung zu „einigen“.

Man hätte diese Idee, daß Kapital und Arbeit sich über Sozialisierung, d. h. also über die Beseitigung des Kapitals und die Abschaffung der Lohnarbeit, „verständigen“ sollten, komisch finden müssen, hätte man nicht mit den Arbeitsgemeinschaften schon so merkwürdige und traurige Erfahrungen gemacht. Und in der Tat, nachdem die Herren einige Tage in Essen beisammen gewesen sind, sind sie wieder in Berlin erschienen und haben dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ihr Sozialisierungsprogramm vorgelegt, unterschrieben nicht nur von den drei Kapitalmagnaten, sondern auch von zwei Arbeitervertretern, dem christlichen Gewerkschafter Imbusch und dem Rechtssozialisten Wagner! Nur Werner scheint standhaft geblieben zu sein, wenn er sich auch die unnütze Mühe gemacht hat, statt einfach auf den Vorschlag der Sozialisierung zu beharren, einen ziemlich verwickelten und in manchen Einzelheiten unklaren Organisationsentwurf auszuarbeiten.

Und wie sieht nun die famose „Sozialisierung“, die Stinnes diktierte und Wagner unterschrieb, aus?

Es handelt sich in der Hauptsache um zwei entscheidende Dinge: einmal wird eine Organisation geschaffen, die die vertikale Verknüpfung der Industrie, d. h. also die Zusammenfassung der Verfeinerungsindustrie mit der Rohstoffproduktion, bewerkstelligen soll. Was Herr Stinnes und seine Mitarbeiter bisher nur als Privatpersonen und beschränkt durch entgegenstehende Interessen anderer Kapitalisten betrieben haben, das soll jetzt planmäßig zentralisiert und von allen Hemmungen befreit durch die Organisation erreicht werden. Die Privatwede des Herrn Stinnes werden als das gemeinwirtschaftliche Interesse mit den Mitteln der Allgemeinheit durchgeführt. Es ist die alte kapitalistische Verflechtung, aber in ihrer vollendetsten Form. Weil die Organisation der Wirtschaft vom Rohstoff bis zum Endprodukt einen großen technisch-ökonomischen Fortschritt bedeutet, erklärt das Kapital, daß ihm die Rückziehung dieses Fortschrittes gehören muß. Daß man aber die Verknüpfung, die Schaffung außerordentlich mächtiger kapitalistischer Monopole als Sozialisierung ausgibt, das war noch nie da. Daß sich Arbeiter finden, und noch dazu darunter ein Rechtssozialist, ein alter Gewerkschafter, die so etwas mitmachen, ist überhaupt beispiellos.

Aber halt! Für die Arbeiterschaft fällt ja auch etwas ab. Es werden kleine Aktien geschaffen, und die Arbeiter werden so Mitteilhaber der Unternehmungen. Sie bekommen gleich ein doppeltes „Mitbestimmungsrecht“; sie werden in den Betriebsräten mitbestimmen und als Eigentümer im Aufsichtsrat vertreten sein! Dafür freilich müssen sie anerkennen, daß in der Wirtschaft eine „Arbeitsteilung zwischen freier Führerarbeit und ausführender Arbeit bestehen“ muß, was natürlich bedeutet, daß die „freie Führerarbeit“ Sache des Kapitals und die „ausführende Arbeit“ Sache der Lohnarbeit ist.

So ist das Sozialisierungsproblem also gelöst. Jeder Arbeiter ist sein eigener Kapitalist — als Besitzer von ein, zwei und mit der Zeit vielleicht auch von fünf oder zehn Hundertermark-Aktien. Die Sache ist doch furchtbar einfach und nicht einmal ganz neu, denn schon der amerikanische Stahltrust hat seinerzeit die Arbeiter, um sie für die Verknüpfung zu gewinnen und ihre Wahlstimmen den Trustgegnern zu entziehen, mit Kleinaktien gekauft. In Deutschland ist man aber gründlicher und vor allem viel, viel billiger. Da kauft man den Arbeitern mit Kleinaktien gleich den ganzen Sozialismus ab, und vertritt zugleich noch die „stille Idee“ des Allgemeininteresses.

Nun, die nächsten Tage werden ja zeigen müssen, was die Arbeiterschaft zu diesen Vätern sagt. Vorläufig neigen wir noch immer dazu, die Einigung zwischen Stinnes und Wagner, zwischen Imbusch und Bögl er, mehr von der heiteren Seite zu nehmen.

Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm gestern nachmittag den Bericht der „Verständigungskommission“ über die Essener Verhandlungen entgegen. Es hatten daran teilgenommen als Vertreter der Verbraucher Bürgermeister Dr. Berthold, als Vertreter der Unternehmer Stinnes, Dr. Silberberg und Bögl er, als Arbeitervertreter Im-

Die Betriebsräte zum Elektrizitätsarbeiterstreik

Die Betriebsräte-Zentrale Münzstraße hatte zum Mittwochabend eine Generalversammlung der Delegierten vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin einberufen, um zur Stilllegung der Betriebe durch die Unternehmer Stellung zu nehmen. Es wurde jedoch beschlossen, als ersten Punkt den gegenwärtigen

Streik der Gemeindearbeiter auf die Tagesordnung zu setzen.

Dazu gab erst den Bericht. Er schilderte den Verlauf der Tarifverhandlungen und die Entstehung des Streiks. Die Meldungen der bürgerlichen Presse, daß von den Elektrizitätsarbeitern Sabotageakte verübt worden wären, oder er dazu aufgefodert hätte, seien völlig aus der Luft gegriffen. Es sei praxismäßig festgestellt worden, daß die „Technische Kohlsche“ bei Hebernahme des Maabier-Kraftwerks die Anlagen in vollster Ordnung vorgefunden habe. Weiter konnte festgestellt werden, daß diese „Technische Kohlsche“ aus 12-18jährigen

Grünascheln in Anleihen bestand, die zwar während ihrer Tätigkeit keinen Ampère Strom erzeugt, dafür aber größeren Schaden angerichtet haben. Zum Schluß seiner Ausführungen teilte Solt mit, daß die Elektrizitätsarbeiter nochmals eine Urabstimmung vornehmen werden, ob der Streik fortgesetzt werden soll.

busch, Wagner und Werner. Die sechs erstgenannten Ausschussmitglieder haben ein Gutachten verfaßt, über das Dr. Silberberg referierte. Er führte aus, daß die Frage der Sozialisierung keine Frage des Bergbaues allein, sondern der Gesamtwirtschaft sei. Unter Sozialisierung in diesem Sinne könne nur verstanden werden die Sicherheit dafür, daß alle Produktionsmittel im Interesse der Volksgesamtheit so rationell wie möglich auszunutzen werden unter gleichberechtigter Mitbeteiligung und Mitbestimmung aller an der Produktion Beteiligten. Es müsse nach Wegen gesucht werden, die eine Zusammenfassung aller Kräfte gewährleisten. Die Ergebnisse der Arbeit mühten hochwertiger gestaltet werden und in breitesten Kreisen des Volkes müßte durch finanzielle Konstruktionen die Möglichkeit gegeben werden, sich an den Unternehmungen zu beteiligen. Der Kohlenbergbau, die Grundlage jeder Produktion, müsse nach folgenden Grundsätzen organisiert werden:

Konzentration der Produktionsmittel mit dem Ziel der Schaffung höherer Werte im Inland. Der Produktionsprozeß muß bis in die qualitativen und quantitativen höchsten Verfeinerung ausgekehrt werden. Nur die Erzeugnisse dieser weitestgehenden Verfeinerung dürfen ausgeführt werden. Der Produktionsprozeß muß so gestaltet werden, daß durch Verbilligung der Selbstkosten einmal bei der Ausfuhr ins Ausland der höchstmögliche Nutzen verbleibt und gleichzeitig der Inlandsbedarf möglichst billig gedeckt werden kann. Dazu müssen den Zwischen- und Endindustrien die Brennstoffe in ausreichenden Mengen, richtigen Sorten und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Zugleich muß diesen Industrien die Möglichkeit unmittelbarer fördernder Einwirkung auf den Kohlenbergbau gegeben werden, und zwar dadurch, daß unter Ablehnung aller Trennmaßnahmen aus leblich finanziellen Gewinnneigungen durch Bildung von natürlichen Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und weiterverarbeitenden Industrien die höchste Produktivität gewährleistet werden kann. Den Bergbau treibenden Endindustrien muß als Anreiz der wesentliche Teil derjenigen Fördermengen zur eigenen Verwendung überlassen werden, die sie nach Deckung des allgemeinen unmittelbaren Kohlenbedarfs im bisherigen Umfang darüber hinaus erzeugen. Diesen Endindustrien muß die Verbilligung anfertigt werden, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern (Zuschuß neuer Bergwerke) und nach der sozialen Seite durch Ausgestaltung des Wohnungs- und Schulwesens das Erforderliche zu tun. Dabei ist zu beachten, daß ohne die Arbeitsteilung zwischen freier Führerarbeit und ausführender Arbeit keine Produktion denkbar ist. Das Gutachten schlägt vor, eine ausreichende Beteiligung der Arbeiter- und Beamtenchaft am Kapital der großen unpersonlich gewordenen Unternehmungen und an ihrem Erträge in Form von Kleinaktien zu 100 M oder in der Uebergangsform von Genossenschaften. Diese Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Beamten gibt auch die Grundlage zur Vertretung in den Aufsichtsräten ab. Die Organisation des Kohlenbergbaues, so fortgeschritten sie durch die Syndikate in Bezug auf den Betrieb ist, entspricht technisch-wirtschaftlich nicht allen Erfordernissen. Die bestehenden Kohlensteuer ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu individualisieren und auszubauen.

Werner von der Afa hat einen Gegenvorschlag eingereicht, der in der Einleitung sich mit dem andern Vorschlag deckt, dann aber folgendes betont:

Im Bergbau muß die Arbeitsleistung des Menschen die Hauptrolle spielen. Die Leistung steigt am meisten, wenn die Arbeitsfreudigkeit geweckt wird. Dies läßt sich durch Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an der Leitung des Werkes (Betriebsrat) erreichen. Durch Mitarbeit des Betriebsrats lassen sich alle im Sinn der Produktionssteigerung liegenden Maßnahmen am sichersten und erfolgreichsten durchführen, alle die Produktion hemmenden Störungen beseitigen. Die Ueberführung des Kohlenbergbaues in die Gemeinwirtschaft hat auf genossenschaftlicher Grundlage zu erfolgen, deren Träger die von der Gesellschaft bestimmte deutsche Kohलगemeinschaft ist, bei deren Organisation sich gegenwärtige Interessen der Verbraucher, Produzenten und Allgemeinheit ausgleichen. Den führenden Persönlichkeiten muß Selbständigkeit und Initiative im weitesten Umfange erhalten bleiben. Jede Bürokratisierung und hindernde Ueberordnung ist auszuschalten; wie in den Konsumgenossenschaften ist die oberste Körperschaft die Generalversammlung der Reichskohlenrat. Er ist das neugebildete Organ. Ihm folgt als Kontrollinstanz der Reichskohlenaufsichtsrat. An dritter Stelle kommt das Reichskohlenratentorium als führendes Organ, dem Generaldirektionen in Zahl von etwa 20 untergeordnet sein sollen. Der Reichskohlenrat soll sich zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern des Bergbaues, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit zusammensetzen, die von den gesetzgebenden Körperschaften oder von der Regierung zu bestimmen sind. Seine Mitglieder sind außerdem Aufsichtsräte in den einzelnen Generaldirektionen. Der Kohlenaufsichtsrat soll aus mindestens 24 Mitgliedern bestehen. Seine Befugnisse sind durch Satzungen festzulegen. Den Generaldirektionen ist ein Aufsichtsrat aus den Kreisen des Reichskohlenrats beizugeben. Diesem Aufsichtsrat gehören die Arbeitnehmer im gleichen Generaldirektionsbezirk an, ferner jene Verbraucher, die von den Kohlenwerken im Bezirk besonders stark beliefert werden und die Mitglieder des Reichskohlenrates sind. Den einzelnen Werken ist ein weitestgehendes Eigenleben zu gestatten. Für den Ausbau der Betriebsratorganisation wird auf Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission verwiesen. Außerdem ist aber den Regierungsorganen eines Reviers die Zusammenfassung für ein ganzes aus mehreren Generaldirektionen bestehendes Revier zu ermöglichen. Zur Entschädigung der Unternehmer gibt die Kohलगemeinschaft Obligationen aus, verzinstlich mit 4 Prozent. Zur jährlichen Auslösung ist ein Drittel des Reingewinns zu verwenden. Die Preisbildung erfolgt nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten. Das Reich ist nicht am Reingewinn zu beteiligen, sondern kann die von ihm für erforderlich gehaltenen Abgaben von der Kohलगemeinschaft in Form von Kohlensteuern erheben.

Nach kurzer Debatte werden die Beratungen abgebrochen. Die nächste Sitzung findet Freitag mittag 1 Uhr statt.

Der Fraktionsredner der Kommunisten und Neukommunisten, Schwarz, gab die kurze Erklärung ab, daß seine Fraktion in einer Fraktionsungung beschlossen habe, den streikenden Gemeindearbeitern volle Sympathie auszusprechen. Den sofortigen Generalstreik zu proklamieren, lehne seine Fraktion ab. Wenn der Streik nicht bis zum kommenden Sonntag belagert ist, soll über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt werden.

Genosse Zimmermann sprach im Namen der U. S. P. D. Betriebsräte. Er erklärte, daß die Bewegung von vornherein völlig unbedingter begonnen habe; es seien nicht einmal einheitliche Forderungen aufgestellt worden. Zimmermann ging dann auf die Stellung des Berliner Magistrats ein. Es müsse festgestellt werden, daß die Stadtverwaltung den Forderungen der Gemeindearbeiter weiter entgegengekommen wäre, als es die Finanzen gestatte. Darüber hinauszugeben, liege nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Diesen Ausführungen trat Magaahn entgegen. Er stellte — als Reueigle — fest, daß wir in einem kapitalistischen Staat leben und daß dieser Kapitalismus beteiligt werden müsse. Auch der Magistrat Berlin sei ein kapitalistischer Unternehmer. Wenn dieser den Anforderungen, die die Arbeiterschaft an ihn stellt, nicht genügen könne, dann müsse er zugrunde gehen. Dann würden die Arbeiter allein die Führung der Betriebe übernehmen.

Kappen von der Arbeiter-Union sprach sehr scharf gegen die Betriebsräte-Zentrale, die zwar fortgesetzt Aktionen verspreche, aber niemals unternahme. Er trat für die sofortige Proklamierung des Generalstreiks für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin ein. Brandler von der K. A. P. D. Zentrale trat

Zimmermann entgegen. Der Streik sei durch das Vorgehen der Regierung zu einem politischen gestempelt worden. Sodann wandte sich Brandler gegen das Vorgehen der K. A. P. D. Zentrale und Unionisten. Durch das Hinauswerfen von planlosen Generalstreikparolen müsse die Arbeiterbewegung geschädigt werden.

Es wurde dann ein Antrag angenommen, in dem die städtischen Gasarbeiter aufgefordert werden, wöchentlich nur sechs Schichten zu arbeiten. Nach Schluß der Diskussion brachte Magaahn eine Resolution ein, die sich gegen die Gewerkschaftsbureaufträge wandte, im übrigen aber von den Gewerkschaften verlangt, den Streikenden volle moralische und finanzielle Hilfe zu gewähren. Genosse Ulrich protestierte gegen diese Abstimmung, jedoch wurde unter großer Unruhe der Verlesung abgestimmt. Gegen eine starke Minderheit bei vielen Stimmenthaltungen wurde die Resolution angenommen.

Die Lohnbewegung der Gemeindearbeiter

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sendet uns über den Verlauf der Lohnbewegung eine längere Darstellung, aus der wir folgendes mitteilen: Der Aushub der Lohnbewegung war die Schaffung eines neuen Lohnartikels für die Gemeindearbeiter. Tarifkontrahenten waren der Metallarbeiter-Verband, der Transportarbeiter-Verband, der Verband der Maschinisten und Heizer und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nach anfänglichen Differenzen zwischen diesen Verbänden kam es kurz vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen doch noch zu einer Einigung auf gemeinsamer Basis. Am 30. Oktober fanden im Rathaus unter dem Vorsitz Reises die ersten Vorbereitungen statt. Die Vertreter der Arbeiterverbände legten die Beschlüsse der Verhandlungen durch, so daß das Einigungsamt bereits am 3. November zusammentreten konnte, das den am 5. November in der Presse bekanntgegebenen Schiedsspruch fällte.

Die Zufuhr hebt dann hervor, daß der Schiedsspruch den Arbeitern nicht genügen konnte. Die Tarifkommission und die Obleute des Gemeindearbeiter-Verbandes traten deshalb sofort zusammen. Eine gemeinsame Beratung mit den anderen Organisationen war nicht möglich, weil die Vertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes aus dem Verhandlungslokal hinausgewiesen wurden, obwohl 75 Prozent aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter im Gemeindearbeiter-Verband organisiert sind.

Die Beratungen der Tarifkommission und der Obleute des Gemeindearbeiter-Verbandes führten zu dem Ergebnis, daß der am selben Abend stattfindenden Versammlung der Verbandsfunktionäre empfohlen werden sollte, den Schiedsspruch anzunehmen. Maßgebend für diese Entscheidung war nicht das Ergebnis des Schiedsspruches, sondern der Gesichtspunkt, daß die städtischen Arbeiter im gegenwärtigen Augenblicke beim Zusammentreten des neuen sozialistischen Magistrats in Berlin auf die politische Situation Rücksicht zu nehmen haben und daß sie auf Grund dessen davon absehen, ihre berechtigten Forderungen mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Dieser Auffassung trat die am Abend des 5. November in der „Königsplatz“-tagende Funktionärerversammlung bei. Es wurde beschlossen, Urabstimmung vorzunehmen und den Kollegen unter Empfehlung der Annahme die Fragen vorzulegen, Annahme des Schiedsspruches oder Arbeitsniederlegung.

In der am selben Abend stattfindenden Versammlung der Elektrizitäts- und Transportarbeiter, in der die Ausführungen des dechnationalen Stadtrates Wege unter lautloser Stille angehört wurden, kam der Bevollmächtigte des Gemeindearbeiter-Verbandes nur mit Mühe zum Wort. Trotzdem nahm ihm der Versammlung mitgeteilt wurde, daß die übrigen städtischen Arbeiter Urabstimmung vornehmen würden und daß vor Montag, den 8., unter keinen Umständen der Eintritt in eine Aktion möglich sei, wurde der Streik beschlossen. Die übrigen städtischen Betriebe haben sich an den Beschluß der Funktionärerversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes gehalten, und das Resultat der von den Funktionären beschlossenen Urabstimmung abgewartet. Das Resultat lag dem am Montag, den 8. cr., tagenden Funktionärerversammlung vor. Es haben sich an der Abstimmung beteiligt 29 432 Mitglieder, davon stimmten für Arbeitsniederlegung 15 398, für Annahme 13 543, ungültig waren 491 Stimmen.

Polenske, als Vertreter der Ortsverwaltung, erklärte, daß auf Grund dieser Abstimmung ein Eintritt in den Streik unmöglich sei. Die Versammlung, die bemerkenswert ruhig und sachlich verlief — im Gegensatz zu dem Bericht im „Vorwärts“ —, schloß sich dieser Auffassung an.

Polenske erklärte weiter, daß ein Streik der Gemeindearbeiter von so großer Tragweite sei, daß die Entscheidung darüber nicht allein in die Hände der Gemeindearbeiter gelegt werden könne, sondern daß die gesamte gewerkschaftliche organisierte Arbeiterschaft Berlins hier mitzusprechen habe; nur im Einverständnis mit der Arbeiterschaft Groß-Berlins könne ein Streik der städtischen Arbeiter mit Aussicht auf Erfolg geführt werden. Die gegenwärtige politische Situation empfehle einen Streik städtischer Arbeiter zu einem Verbrechen am Sozialismus.

Mit dem Magistrat seien im Laufe des Tages im Befehl des Vertreters der Maschinisten und Heizer Vereinbarungen getroffen worden, daß nach Vorliegen des neuen Etats in erneute Verhandlungen eingetreten werden soll. Die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, Genossen Sabath und Reimann, verurteilten den Schritt der Elektrizitätsarbeiter auf das entschiedenste und verlangten, daß angesichts der großen Verantwortung, die die städtischen Arbeiter tragen, die Waffe des Streiks nicht ohne Zustimmung der Berliner Gewerkschaftskommission angewendet werden darf. Die Verweigerung der Notstandsarbeiten durch die Elektrizitätsarbeiter sei ein weiterer großer Fehler gewesen. Nur unter großen Bemühungen sei es gelungen, die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin zu verhindern. Der Versammlung lag eine Entschlüsselung des Gesamtbetriebsrates der städtischen Arbeiter vor, der am Nachmittag tagte. Die Entschlüsselung lautete:

„Die heutige Plenarsitzung im Befehl der Organisationsleiter beschließt, den Arbeitern die Ausnahme der Arbeit unter dem Gesichtspunkt zu empfehlen: Der Schiedsspruch ist zu verwerfen, wegen der darin enthaltenen Klassifizierung. Als Sozialisten gibt es für uns nur eine einheitliche Lohnaufbesserung oder keine. Wir verzichten im Augenblick auf jede Lohnaufbesserung und verlangen auf Grund dessen erneute Verhandlungen über eine gleichmäßige Lohnzulage für alle Arbeitnehmer.“

Weiterhin lag ein Antrag vor, die Aktion als beendet zu erklären und die Organisation zu beauftragen, zu geeigneter Zeit die Forderungen erneut einzureichen. Der Beschluß des Gesamtbetriebsrates wurde in der von etwa 1600 Vertrauensleuten besuchten Versammlung mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Der zweite Antrag ebenfalls mit erheblicher Mehrheit. Durch diesen Beschluß ist die Bewegung für die etwa 40 000 Mitglieder des Gemeindearbeiter-Verbandes beendet. Der im Gaswerk Tagel gegen eine starke Minderheit beschlossene Streik findet nicht die Billigung der Organisation.

